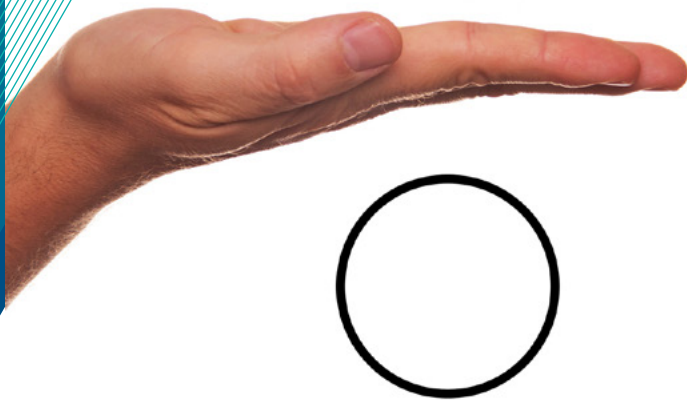
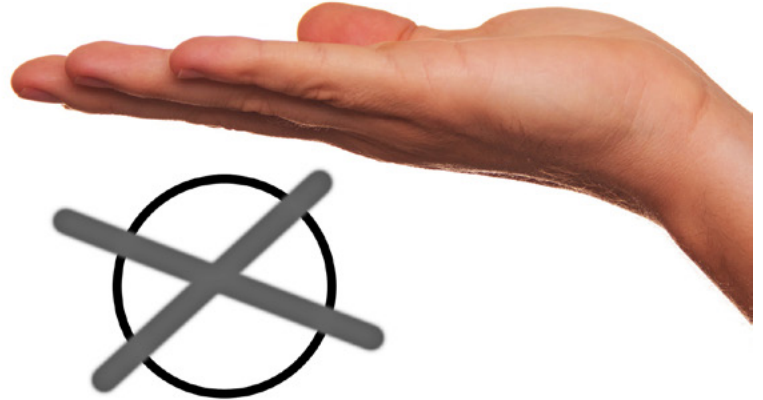


Wählen ?



Nicht Wählen ?



Auf den Partner kommt es an

Eine repräsentative Untersuchung zu Nichtwählern und Stammwählern

Sabine Pokorny

- › Wähler und Nichtwähler sind keine festen Gruppen: Unabhängig von der Selbsteinstufung gehen auch Nichtwähler wählen und Wähler bleiben zu Hause.
- › Zwischen Nichtwählern und Wählern sind die Unterschiede gering: Nichtwähler halten sich selbst für weniger politisch kompetent, akzeptieren seltener die Wahlnorm und sind weniger politisch interessiert als Personen, die sich als Wähler bezeichnen.
- › Der Lebenspartner übt einen großen Einfluss auf die (konkrete) Wahlteilnahme aus. Geht ein Partner nicht zur Wahl, bleibt der andere Partner mit hoher Wahrscheinlichkeit ebenfalls der Wahl fern.
- › Kaum Unterschiede zwischen Stamm- und Wechselwählern: Auch Stammwähler sind bisweilen unentschieden, welche Partei sie wählen oder ob sie überhaupt zur Wahl gehen wollen.

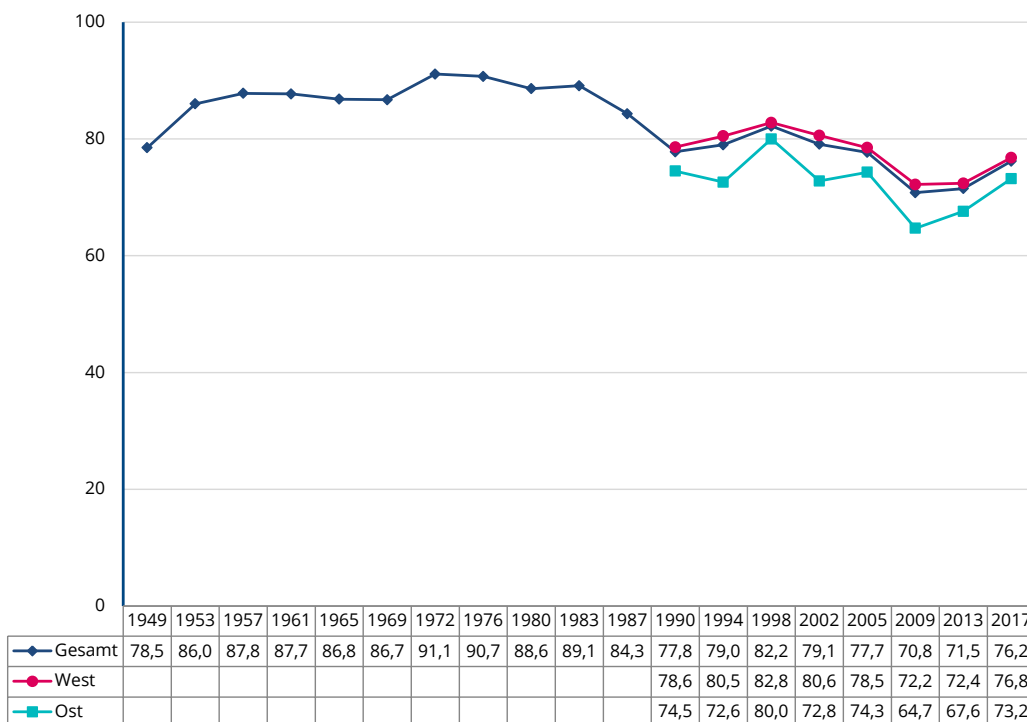
Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Wer sind „die“ Nichtwähler?..... | 3 |
| Wodurch wird die Wahlteilnahme beeinflusst?..... | 6 |
| Stamm- und Wechselwähler..... | 12 |
| Schlussbemerkung..... | 16 |
| Literatur..... | 18 |
| Impressum | 19 |

Lange Zeit lag die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen in Deutschland bei über 80 Prozent, seit 1983 ist sie jedoch deutlich gesunken. Nur im Jahr 1998 haben wieder mehr als 80 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben. Einen bislang historischen Tiefstand erreichte die Wahlbeteiligung 2009, als lediglich 70,8 Prozent der Wahlberechtigten an der Wahl teilnahmen. Seither ist die Wahlbeteiligung wieder leicht gestiegen, bei der Bundestagswahl 2017 auf 76,2 Prozent. Dennoch blieb auch bei dieser Wahl fast ein Viertel der Wahlberechtigten der Wahl fern.

Fast ein Viertel
Nichtwähler bei der
Bundestagswahl 2017

Abbildung 1: Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen von 1949 bis 2017
in Prozent



Quelle: Bundeswahlleiter, Bundestagswahl 2017, Heft 4, Seite 11 und Bundestagswahl 2013, Heft 4, Seite 11 und Ergebnisse früherer Bundestagswahlen, S. 18-24.

Zudem hat der Anteil an Wechselwählern¹ zugenommen (vgl. Merz/Hofrichter 2013: 97), dagegen gibt es weniger Stammwähler. Beide Gruppen – Nicht- und Stammwähler – lohnen einen genaueren Blick. Wer sind „die“ Nichtwähler und „die“ Stammwähler? Handelt es sich überhaupt um jeweils homogene Gruppen? Was beeinflusst, ob jemand an der Wahl teilnimmt und ob er sich als Stamm- oder als Wechselwähler bezeichnet? Welchen Einfluss haben der Lebenspartner und andere Gesprächspartner auf die Wahlteilnahme?

Für frühere Bundestagswahlen sowie eine Kommunalwahl gibt es Untersuchungen, die einen deutlichen Einfluss der Gesprächspartner auf die Wahlteilnahme bzw. vor allem auf die Wahlenthaltung feststellen (vgl. z.B. Schmitt-Beck et al. 2008, Schmitt-Beck/Mackenrodt 2010, Partheymüller/Schmitt-Beck 2013, Schmitt-Beck/Partheymüller 2014, Schmitt-Beck 2016, Schäfer/Schmitt-Beck 2017). Für die Bundestagswahl 2017 soll daher ebenfalls der Frage nachgegangen werden, ob Personen, die nicht zur Wahl gehen, dazu durch Gesprächspartner motiviert werden, die ebenfalls der Wahl fernbleiben. Hierbei wird vor allem das Wahlverhalten des Lebenspartners betrachtet.

Dazu wurden zwischen dem 14. November und dem 9. Dezember 2017 von der GMS Dr. Jung GmbH im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung 2.719 Personen repräsentativ telefonisch befragt.

Wer sind „die“ Nichtwähler?

Die Befragung von Nichtwählern stellt sich grundsätzlich schwierig dar (Neu 2012: 15f.). Aus naheliegendem Grund werden Nichtwähler bei den Wahltagsbefragungen am Wahllokal nicht erfasst. In Meinungsumfragen liegen die Wahlbeteiligungsquoten häufig etwa 10 Prozentpunkte über der tatsächlichen Wahlbeteiligung. Bei der Deutschen Wahlstudie (GLES²) zur Bundestagswahl 2013 lag der berichtete Nichtwähleranteil mit 13,4 Prozent sogar 15 Punkte unter dem tatsächlichen Anteil von 28,5 Prozent (Lamers/Roßteutscher 2014: 124). Das hat unterschiedliche Gründe: Zum einen gilt es als sozial erwünscht, an der Wahl teilzunehmen, sodass nicht jeder Nichtwähler berichtet, seine Stimme nicht abgegeben zu haben. Vermutlich ist dieses Bewusstsein bei Befragten mit höheren Bildungsabschlüssen ausgeprägter als bei Befragten mit niedrigeren Abschlüssen. Zum anderen nehmen Nichtwähler seltener an Umfragen teil, die sich mit politischen Themen befassen (vgl. z.B. Neu 2012, Lamers/Roßteutscher 2014). Diese Probleme bestehen bei allen Untersuchungen zu Nichtwählern, die auf Umfragedaten beruhen.

Auch die repräsentative Wahlstatistik erfasst lediglich Wähler. Sie lässt jedoch Rückschlüsse auf Alter und Geschlecht der Nichtwähler zu. Insgesamt nimmt der Anteil an Nichtwählern mit zunehmendem Alter ab. Die höchsten Nichtwähleranteile finden sich allerdings nicht unter den Erstwählern (unter 21 Jahren), sondern unter den 21- bis 24-Jährigen. Danach sinkt der Nichtwähleranteil kontinuierlich. Erst die über 70-Jährigen nehmen aufgrund gesundheitlicher Probleme wieder seltener an der Wahl teil als die jüngeren Altersgruppen. Dennoch gehen sie immer noch häufiger zur Wahl als die 21- bis 24-Jährigen. Dieses Muster zeigt sich bei allen Wahlen seit 1983. Lediglich das Niveau hat sich verschoben, da in allen Altersgruppen mehr Menschen der Wahl fernbleiben als 1983. Auch der leichte Anstieg der Wahlbeteiligung 2017 zeigt sich wieder in allen Altersgruppen.

Die Wahlbeteiligung von Männern und Frauen unterscheidet sich nur noch geringfügig, weshalb sie hier nicht detailliert dargestellt wird. Lediglich in der ältesten Gruppe fällt die Wahlabstinentz unter Frauen höher aus als unter Männern. Die Ursache liegt vermutlich im hohen Anteil alleinstehender Frauen, die sozial gering eingebunden sind und daher seltener zur Wahl gehen (vgl. Neu 2012: 20).

Nichtwähler schwierig
zu befragen

Ältere Menschen
nehmen häufiger
an Wahlen teil als
jüngere.

Tabelle 1: Nichtwähleranteil nach Altersgruppen seit 1983*

| Alter von ... bis ... Jahren | Nichtwähler in Prozent | | | | | | | |
|---------------------------------|------------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| | 2017 | 2013 | 2009 | 2005 | 2002 | 1990 | 1987* | 1983* |
| unter 21 | 30,1 | 36,3 | 37,5 | 30,4 | 30,1 | 35,3 | 23,2 | 15,7 |
| 21 - 24 | 33,0 | 40,4 | 41,4 | 34,0 | 32,3 | 38,2 | 26,9 | 18,5 |
| 25 - 29 | 31,4 | 38,4 | 39,4 | 30,5 | 28,4 | 33,7 | 24,1 | 16,2 |
| 30 - 34 | 28,0 | 35,2 | 35,5 | 26,1 | 23,8 | 28,7 | 19,7 | 13,0 |
| 35 - 39 | 25,6 | 31,9 | 31,5 | 22,1 | 20,8 | 24,3 | 16,2 | 10,7 |
| 40 - 44 | 23,7 | 28,2 | 28,1 | 20,8 | 20,4 | 20,5 | 14,0 | 8,9 |
| 45 - 49 | 21,2 | 26,0 | 27,4 | 20,3 | 19,4 | 17,9 | 12,1 | 7,8 |
| 50 - 59 | 20,6 | 25,3 | 25,9 | 18,2 | 16,6 | 15,4 | 10,6 | 7,3 |
| 60 - 69 | 19,0 | 21,3 | 20,8 | 15,8 | 14,3 | 13,5 | 10,3 | 7,7 |
| 70 und mehr | 24,2 | 26,3 | 28,0 | 24,2 | 22,3 | 25,5 | 20,6 | 15,1 |
| Insgesamt | 23,8 | 28,5 | 29,2 | 22,3 | 20,9 | 23,7 | 16,9 | 11,6 |

*1983 und 1987: früheres Bundesgebiet.

Quelle: eigene Berechnung auf Grundlage der Informationen des Bundeswahlleiters, Bundestagswahl 2017, Heft 4, Seite 11 und Bundestagswahl 2013, Heft 4, Seite 11.

Um in unserer Umfrage Nichtwähler zu identifizieren, stehen zwei Fragen zur Verfügung. Zum einen kann die Rückerinnerungsfrage verwendet werden, bei der nach dem Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2017 gefragt wurde. Zum anderen wurde ein neues Fragemodell getestet:

Wenn Sie einmal grundsätzlich an Wahlen denken, wie würden Sie sich da selbst beschreiben? Gehören Sie zu den Menschen, die im Prinzip an fast allen Wahlen teilnehmen, beteiligen Sie sich eher nur an wichtigen Wahlen, oder würden Sie sich eher als jemanden bezeichnen, der nie oder so gut wie nie an Wahlen teilnimmt?

Im Gegensatz zur Rückerinnerungsfrage, die ein konkretes Verhalten bei einer konkreten Wahl erfragt, erfasst diese Frage eher ein generelles Verhaltensmuster unabhängig vom tatsächlichen Verhalten bei der letzten Bundestagswahl.

Wenn nur die gültigen Antworten berücksichtigt werden, misst die Rückerinnerungsfrage einen Nichtwähleranteil von 19 Prozent, womit der tatsächliche Anteil unterschätzt wird. Das ist nicht überraschend, da die Wahlbeteiligung in Umfragen stets höher liegt als am Wahltag. Bei der Frage nach der generellen Wahlbeteiligung überschätzen die Daten hingegen den Anteil an (generellen) Nichtwählern mit 29 Prozent. Auch das kann nicht verwundern, da die Frage ein generelles Verhalten erfasst, das nicht zwingend auch bei der letzten Wahl ausgeübt wurde.

Tatsächlich gibt je nach Partei auch ein Fünftel bis ein Viertel der Wähler der Bundestagswahl 2017 an, nie oder so gut wie nie zur Wahl zu gehen. Erwartungsgemäß ist der Anteil der grundsätzlichen Nichtwähler unter den Nichtwählern von 2017 am höchsten. Dennoch ist die Über-

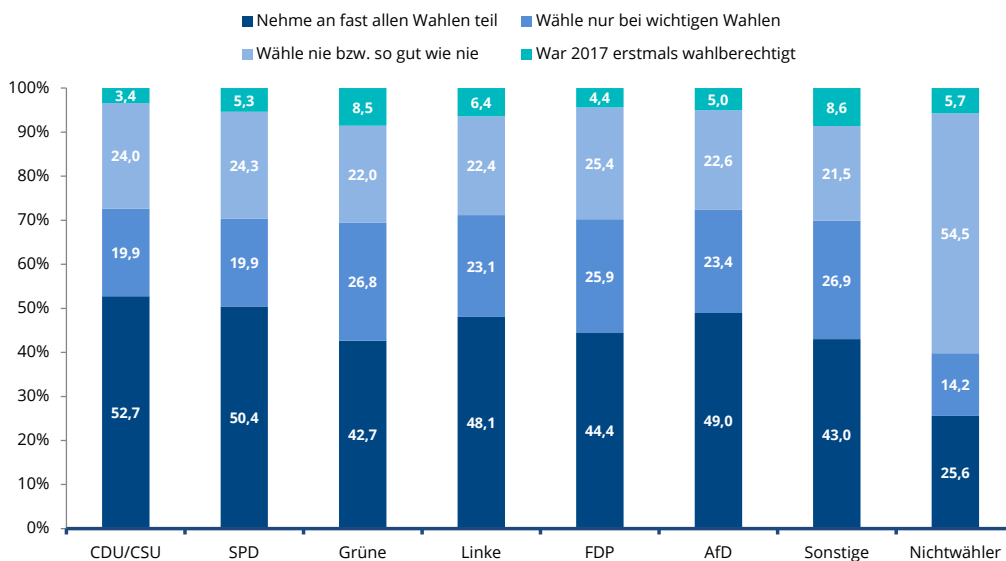
einstimmung zwischen beiden Gruppen nicht so hoch, wie man annehmen könnte: Lediglich gut jeder zweite Nichtwähler von 2017 nimmt nie oder so gut wie nie an Wahlen teil. Ein Viertel der Nichtwähler gibt dagegen an, an fast allen Wahlen teilzunehmen (alle Befragte: 45 Prozent), und weitere 14 Prozent (alle Befragte: 21 Prozent) beteiligen sich nach eigener Auskunft nur an wichtigen Wahlen. Ein ähnlicher Befund zeigte sich schon 2012 in einer Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, in der sich lediglich 38 Prozent der befragten Nichtwähler von 2009 auch als solche bezeichneten, 28 Prozent hingegen als Stammwähler (Neu 2012: 33).

Auch prinzipielle
Nichtwähler gehen
mal zur Wahl.

Umgekehrt haben knapp zwei Drittel derjenigen, die (so gut wie) nie an Wahlen teilnehmen, 2017 ihre Stimme abgegeben. Hier wird deutlich, dass die Nichtwahl kein konstantes Verhalten ist. Selbst Personen, die nach eigener Aussage (so gut wie) nie zur Wahl gehen, nehmen dennoch gelegentlich an Wahlen teil, während auch regelmäßige Wähler ausnahmsweise mal einer Wahl fernbleiben. Zudem gibt knapp ein Viertel der Wähler an, unentschlossen gewesen zu sein, ob sie sich an der Wahl beteiligen. Gleichzeitig sagt ebenfalls etwa ein Viertel der Nichtwähler, sich erst in den letzten Tagen vor der Wahl oder sogar am Wahltag selbst gegen die Wahlteilnahme entschieden zu haben. Nichtwähler können also noch im letzten Moment zu Wählern werden und umgekehrt.

Nichtwahl ist kein
konstantes Verhalten.

Abbildung 2: Grundsätzliche Wahlbeteiligung nach Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2017



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2017; Angaben in Prozent.

Lesehilfe: Fast 53 Prozent der CDU/CSU-Wähler der Bundestagswahl 2017 geben an, an fast allen Wahlen teilzunehmen.

Die meisten Untersuchungen zu Nichtwählern betrachten das konkrete (berichtete) Verhalten bei einer Wahl in Form der Rückerinnerungsfrage oder die berichtete zukünftige Nichtwahlabsicht (vgl. z.B. Neu 2012, Lamers/Roßteutscher 2014). Letzteres wird zum Teil in einer mehrstufigen Skala als Wahlwahrscheinlichkeit erfasst (vgl. z.B. Partheymüller/Schmitt-Beck 2013). Da es nicht an Literatur zu konkreten Nichtwählern mangelt, sollen an dieser Stelle diejenigen im Fokus der Untersuchung stehen, die angeben, sich nie oder so gut wie nie an Wahlen zu beteiligen, unabhängig davon, ob sie an der Bundestagswahl 2017 teilgenommen haben. Lediglich beim Einfluss des Lebenspartners und der Gesprächspartner wird nicht die grundsätzliche, sondern die konkrete Nichtwahl untersucht, da angenommen wird, dass politische Gespräche zunehmen, je näher der Wahltermin rückt, und diese daher primär das konkrete Verhalten beeinflussen.

Wodurch wird die Wahlteilnahme beeinflusst?

Eine Analyse der Bundestagswahl 2013 konnte zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit, sich an der Wahl zu beteiligen, umso größer ist, je stärker die Parteibindung ausfällt, je höher das politische Interesse ist und je stärker die Wahlnorm akzeptiert wird. Zusätzlich steigt die Wahrscheinlichkeit, zur Wahl zu gehen, wenn man vermutet, die Nachbarn gingen ebenfalls (Lamers/Roßteutscher 2014: 129). Doch gelten diese Zusammenhänge ebenfalls für generelle Nichtwähler? Trotz der deutlichen Unterscheidung zwischen beiden Gruppen liegt es nahe, dass der Tendenz zu einer prinzipiellen Wahlabstinenz ähnliche Ursachen zugrunde liegen wie der konkreten Wahlenthaltung.

Politische Einstellungen grundsätzlicher Nichtwähler

Tatsächlich gibt es auch zwischen grundsätzlichen Wählern und Nichtwählern einen Unterschied in der politischen Kompetenz, der Akzeptanz der Wahlnorm und dem politischen Interesse. Fast drei Viertel derjenigen, die sich als Wähler bezeichnen, geben an, wichtige bundespolitische Fragen gut einschätzen zu können, während das nur 63 Prozent der prinzipiellen Nichtwähler von sich behaupten. Ähnlich verhält es sich bei der Wahlnorm, 82 Prozent der Wähler, aber nur 62 Prozent der Nichtwähler stimmen der Aussage zu „In der Demokratie ist die Pflicht jedes Bürgers, sich regelmäßig an Wahlen zu beteiligen.“ Damit sind die Unterschiede zwischen den selbst eingestuften Nichtwählern und Wählern allerdings nicht so groß, wie man vermuten könnte, da sich 2013 zwischen konkreten Nichtwählern und Wählern deutlich größere Unterschiede in der Akzeptanz der Wahlnorm zeigten (Lamers/Roßteutscher 2014: 125). Dabei sollte berücksichtigt werden, dass das Scheitern der Sondierungsgespräche zur sogenannten Jamaika-Koalition aus Union, FDP und Grünen genau in den Befragungszeitraum dieser Umfrage fiel. Es ist nicht auszuschließen, dass dieses bis dahin nie da gewesene Ereignis kurzfristige Auswirkungen auf das Antwortverhalten der Befragten hatte. Beispielsweise wäre denkbar, dass die starke mediale Präsenz dieses zentralen politischen Ereignisses zu einer kurzfristig höheren politischen Involvierung der Bürger geführt hat, die sich unter anderem in einer höheren Akzeptanz der Wahlnorm selbst unter grundsätzlichen Nichtwählern ausdrückt.

Geringere politische Kompetenz, Akzeptanz der Wahlnorm und politisches Interesse unter grundsätzlichen Nichtwählern als unter Wählern

Größere Unterschiede zwischen den beiden Gruppen zeigen sich beim politischen Interesse. Knapp zwei Drittel der prinzipiellen Wähler sind politisch (sehr) stark interessiert, aber nur gut ein Drittel derjenigen, die sich als Nichtwähler bezeichnen. Allerdings ist auch dieser Wert im Vergleich zu 2013 als hoch einzustufen. 2013 gaben nur 4 Prozent der (konkreten) Nichtwähler ein (sehr) starkes politisches Interesse an (Lamers/Roßteutscher 2014: 125). Auch das könnte ein Indiz für die These der stärkeren politischen Involvierung sein.

In eine ähnliche Richtung deuten die Befunde zur Parteibindung. 2013 neigten nur 30 Prozent der konkreten Nichtwähler einer Partei zu, aber 79 Prozent der Wähler. In der vorliegenden Umfrage geben insgesamt drei Viertel aller Befragten an, einer Partei zuzuneigen. Lediglich ein Viertel besitzt keine Parteibindung, wobei sich die grundsätzlichen Wähler und Nichtwähler nicht unterscheiden. Überraschend ist nicht nur die Ähnlichkeit zwischen beiden Gruppen, sondern auch der insgesamt niedrige Anteil an ungebundenen Personen. Im Politbarometer 2016 gaben bei gleicher Frageformulierung mit 38 Prozent deutlich mehr Personen an, über keine Parteibindung zu verfügen (Forschungsgruppe Wahlen 2017). Auch hier liegt es nahe, die speziellen politischen Umstände zum Zeitpunkt der Befragung für das Ergebnis verantwortlich zu machen.

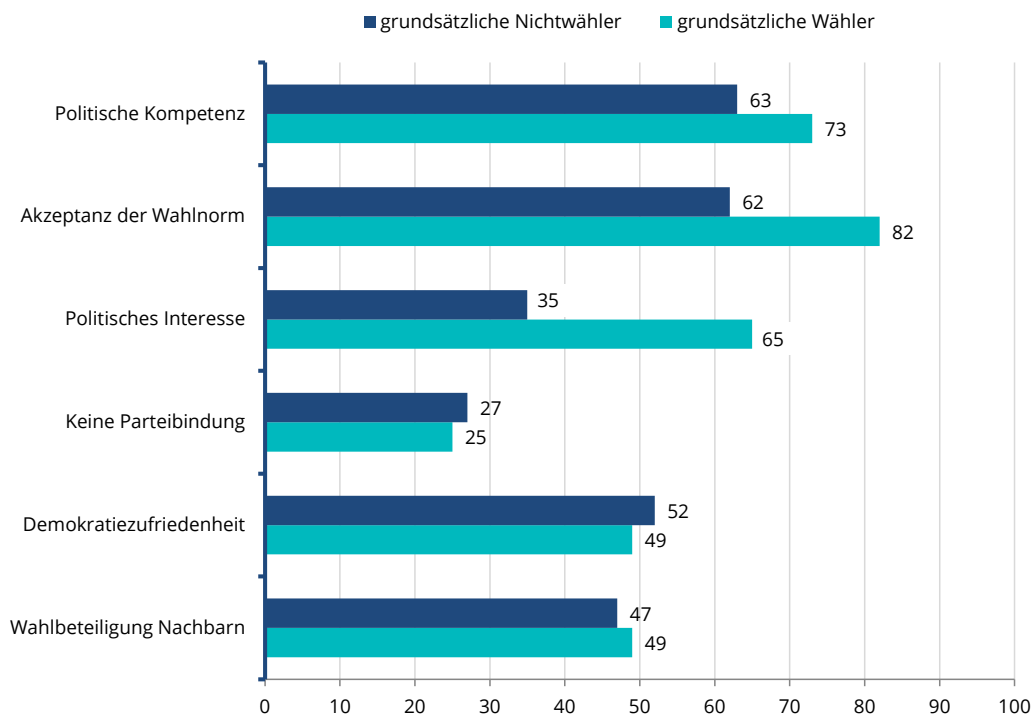
Ähnlich hohe Parteibindung bei prinzipiellen Nichtwählern und Wählern

Zusätzlich finden sich weder bei der Demokratiezufriedenheit noch bei der vermuteten Wahlbeteiligung in der Nachbarschaft nennenswerte Unterschiede. Etwa jeder zweite prinzipielle Nichtwähler und Wähler ist mit der Demokratie (sehr) zufrieden und meint, in seiner

Nachbarschaft seien viele Menschen zur Wahl gegangen. Auch hier unterschieden sich die konkreten Nichtwähler und Wähler 2013 deutlich voneinander (Lamers/Roßteutscher 2014: 125f.).

Ob die unterschiedlichen Befunde zu grundsätzlichen und konkreten Nichtwählern auf tatsächliche Unterschiede zwischen den Gruppen oder auf das Scheitern der Sondierungsverhandlungen zum Zeitpunkt der Befragung zurückgeführt werden können, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Das wird weitere Forschung zeigen müssen.

Abbildung 3: Politische Einstellungen von grundsätzlichen Nichtwählern und Wählern



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2017; Angaben in Prozent.

Lesehilfe: 63 Prozent der grundsätzlichen Nichtwähler fühlen sich kompetent, wichtige bundespolitische Fragen zu beurteilen.

Erläuterungen: dargestellte Antwortkategorien: trifft voll und ganz/eher zu (Politische Kompetenz, Akzeptanz der Wahlnorm); (sehr) starkes politisches Interesse; keine Parteibindung vorhanden; sehr/eher zufrieden mit der Demokratie; hohe Wahlbeteiligung der Nachbarn.

Manche Untersuchungen stellen einen Zusammenhang zwischen prekären, von Deprivation geprägten Wohngebieten und der Wahlenthaltung fest (vgl. z.B. Schäfer et al. 2016). Die Mehrheit der Nichtwähler scheint das jedoch nicht so wahrzunehmen. In der Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung wurde auch die Zustimmung zu folgender Aussage erhoben: „Da wo ich wohne, geht es vielen Leuten sehr schlecht.“ Insgesamt stimmen dem nur 10 Prozent der Befragten zu (nicht grafisch dargestellt). Dabei unterscheiden sich prinzipielle Nichtwähler nicht von denen, die sich als Wähler einstufen. Grundsätzliche Nichtwähler nehmen nicht stärker wahr, von Menschen umgeben zu sein, denen es schlecht geht, als Wähler. Das muss natürlich nicht bedeuten, dass sie nicht tatsächlich in sozial schwächeren Wohngebieten leben. Offenbar empfinden sie es aber nicht stärker.

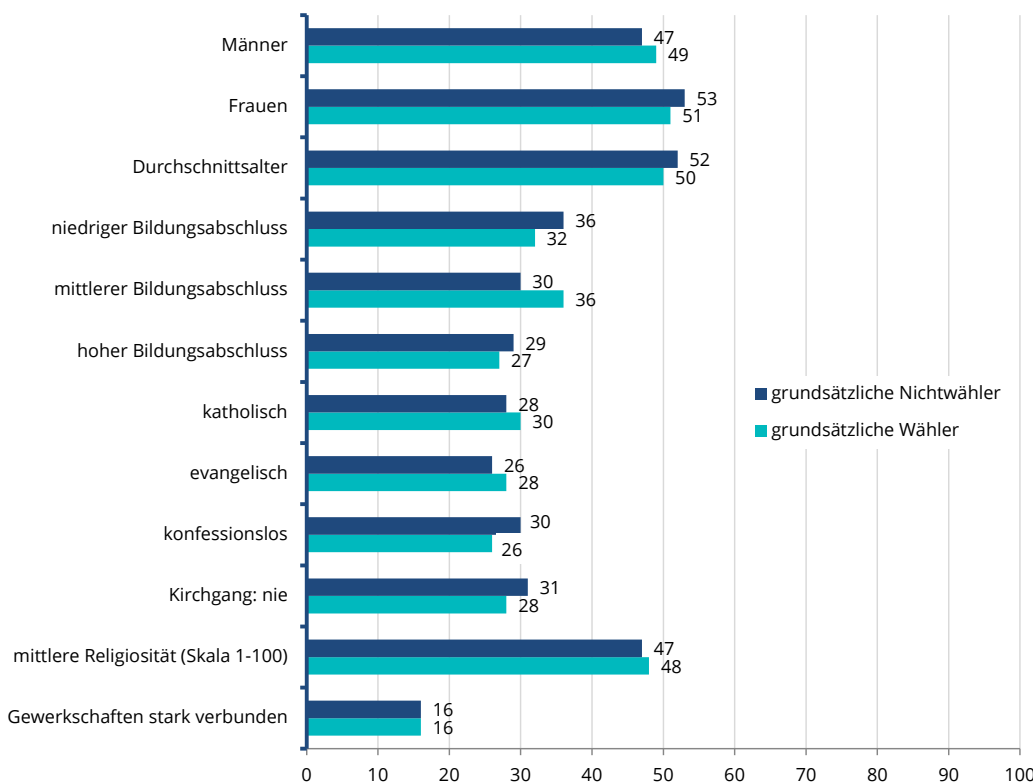
Konkrete Nichtwähler und Wähler besaßen 2013 ein unterschiedlich hohes formales Bildungsniveau (Lamers/Roßteutscher 2014: 125). Auch prinzipielle Nichtwähler und Wähler unterscheiden sich hierbei, allerdings sind die Unterschiede weniger stark ausgeprägt.

Unter prinzipiellen Nichtwählern finden sich mehr Personen mit einem niedrigen formalen Bildungsabschluss als unter Wählern. Letztere besitzen häufiger einen mittleren Bildungsabschluss als Personen, die angeben, (so gut wie) nie wählen zu gehen. Der Anteil an formal hoch Gebildeten ist in beiden Gruppen ähnlich hoch.

Ansonsten unterscheiden sich grundsätzliche Nichtwähler und Wähler sozialstrukturell nur wenig. In beiden Gruppen gibt es ähnlich viele Männer und Frauen, sie sind im Durchschnitt ähnlich alt, es finden sich ähnlich viele Katholiken, Protestanten und Konfessionslose, sie gehen ähnlich selten in die Kirche, sind ähnlich religiös und fühlen sich genauso stark den Gewerkschaften verbunden.

Kaum sozialstrukturelle Unterschiede zwischen grundsätzlichen Nichtwählern und Wählern

Abbildung 4: Soziodemografische Merkmale von grundsätzlichen Nichtwählern und Wählern



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2017; Angaben in Prozent außer beim Alter und der mittleren Religiosität, bei denen der Durchschnittswert eingetragen ist.

Lesehilfe: 47 Prozent der grundsätzlichen Nichtwähler sind Männer.

Wahlbeteiligung des Lebenspartners

Politische Diskussionen im sozialen Umfeld eines Menschen können beeinflussen, ob jemand an der Wahl teilnimmt oder nicht. Frühere Analysen zeigen, dass dies vor allem für die Wahlenthaltung gilt. Politische Diskussionen mit Nichtwählern erhöhen die Wahrscheinlichkeit, ebenfalls nicht an der Wahl teilzunehmen, besonders wenn beide Gesprächspartner in einer engen Beziehung zueinander stehen, also Ehepartner, Freunde oder Verwandte sind (vgl. z.B. Schmitt-Beck 2016). Daher wird im Folgenden der Einfluss der Wahlbeteiligung des Lebenspartners auf die eigene Wahlbeteiligung betrachtet, wodurch sich die Ergebnisse allerdings nur auf Personen beziehen, die verheiratet sind oder in einer Partnerschaft leben. Auf die Ergebnisse zu anderen Gesprächspartnern wird nur kurz eingegangen. Die Effekte auf die Wahlbeteiligung fallen aber ähnlich, wenn auch etwas schwächer aus. Im Gegensatz zu den bisherigen Ausführungen

rungen wird hier die konkrete Nichtwahl bei der Bundestagswahl 2017 betrachtet, da es aus anderen Analysen Hinweise darauf gibt, dass politische Diskussionen vor allem kurz vor einer Wahl wirken (Schmitt-Beck 2016: 237). Daher scheint es naheliegend, dass der Einfluss auf ein generalisiertes Verhaltensmuster geringer ist als auf das konkrete Verhalten bei einer Wahl.

Insgesamt geben 8 Prozent der Befragten mit Lebenspartner an, der Partner habe nicht gewählt. Wenn man nur die gültigen Antworten heranzieht, erhöht sich der Anteil auf 11 Prozent. Der Anteil der Antworten „weiß nicht/keine Angabe“ liegt mit 27 Prozent sehr hoch. Offenbar wissen viele Menschen gar nicht, ob der eigene Partner gewählt und welcher Partei er seine Stimme gegeben hat.

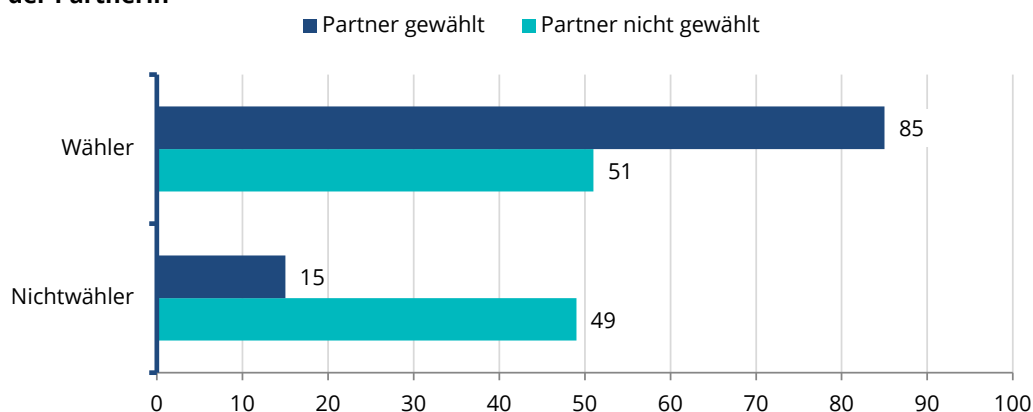
Gleichzeitig gibt über die Hälfte der Befragten an, oft oder sogar sehr oft mit dem Partner über Politik zu sprechen. Lediglich 15 Prozent sprechen selten oder nie mit ihrem Partner über politische Themen. Wenig überraschend nimmt die Gesprächshäufigkeit über Politik mit steigendem politischem Interesse zu. Gut ein Viertel der politisch sehr stark Interessierten spricht sehr oft mit dem Partner über Politik, aber lediglich 1 Prozent der politisch gar nicht Interessierten. Von ihnen spricht wiederum knapp ein Viertel nie mit dem Partner über Politik, während das auf keinen einzigen der politisch sehr Interessierten zutrifft. Bei den Gesprächen kommt es eher selten zu Meinungsverschiedenheiten. Lediglich ein Fünftel berichtet, oft oder sehr oft unterschiedlicher Meinung zu sein. Jeweils etwa ein Drittel ist manchmal oder selten bei politischen Diskussionen anderer Meinung als der Partner.

Die seltenen Differenzen erklären möglicherweise, weshalb die Wahlbeteiligung einer Person deutlich mit der Wahlbeteiligung des Partners zusammenhängt. Von denjenigen, deren Partner an der Wahl teilgenommen hat, haben 85 Prozent ebenfalls gewählt, lediglich 15 Prozent sind der Wahlurne ferngeblieben. Dagegen hat von denen mit einem nicht wählenden Partner nur jeder Zweite seine Stimme abgegeben, während die andere Hälfte am Wahltag mit dem Partner zu Hause blieb. Unklar ist dabei, ob der nicht wählende Partner dazu führt, dass eine Person ebenfalls nicht zur Wahl geht, oder ob Wähler verstärkt einen anderen Wähler als Partner bevorzugen.

Mehr als jeder Zweite spricht (sehr) oft mit dem Partner über Politik.

Wahlteilnahme wahrscheinlicher, wenn der Partner wählt

Abbildung 5: Wahlbeteiligung in Abhängigkeit von der Wahlbeteiligung des Partners/ der Partnerin



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2017; Angaben in Prozent.

Lesehilfe: 85 Prozent derjenigen, deren Partner gewählt hat, haben ebenfalls gewählt.

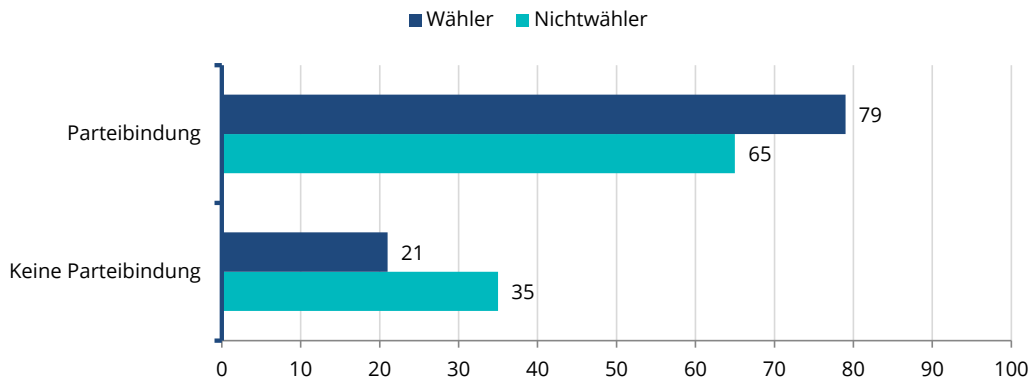
Erläuterungen: Die Werte beziehen sich nur auf Personen, die angeben, einen Partner/eine Partnerin zu haben.

Anders als bei der generellen Nichtwahl wirkt sich das Vorhandensein einer Parteibindung sehr wohl auf die konkrete Wahlbeteiligung aus. 79 Prozent der Wähler der Bundestagswahl 2017 neigen einer Partei dauerhaft zu, aber nur zwei Drittel der Nichtwähler. Personen ohne

Parteibindung unter Wählern höher als unter Nichtwählern

Parteineigung fiel es 2017 offenbar leichter, sich der Wahl zu enthalten, als Personen mit Parteibindung.

Abbildung 6: Parteibindung in Abhängigkeit von der Wahlteilnahme



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2017; Angaben in Prozent.

Lesehilfe: 79 Prozent der Wähler besitzen eine Parteibindung.

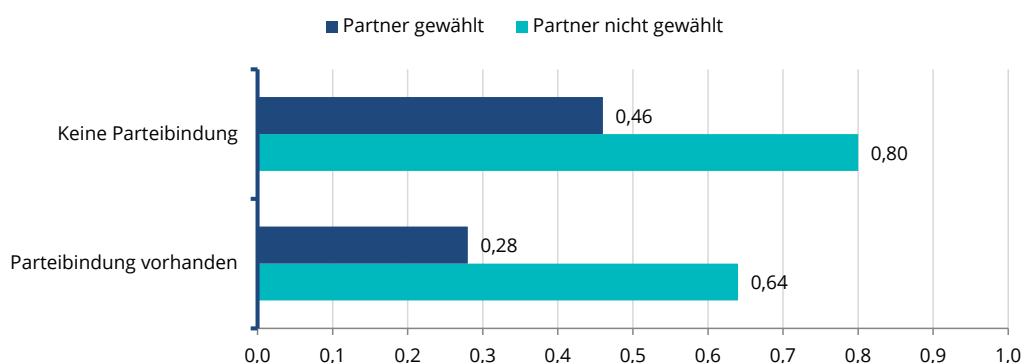
Sowohl der Einfluss der Wahlbeteiligung des Lebenspartners als auch der Parteibindung auf die Wahlteilnahme einer Person bestätigen sich auch in multivariaten Analysen (für Personen mit Partner). Abbildung 6 stellt die Ergebnisse beispielhaft in Form der vorhergesagten Wahrscheinlichkeit, nicht an der Wahl teilzunehmen, dar. Diese Wahrscheinlichkeiten hängen von den anderen Einflussfaktoren in der Analyse ab und sind daher nicht absolut zu interpretieren. Wäre beispielsweise für die Berechnung der Wahrscheinlichkeit nicht ein niedriges, sondern ein hohes politisches Interesse angenommen worden, ergäben sich andere (niedrigere) Vorhersagewerte. Alle weiteren Einflussfaktoren sind so in die Berechnung eingegangen, dass sie eine hohe Wahlabstinenz wahrscheinlicher werden lassen. Daher sollte man nicht über die hohen Wahrscheinlichkeiten zur Nichtwahl erstaunt sein, da modellhaft besonders Nichtwahl-affine Personen herangezogen wurden. Die dargestellten Werte veranschaulichen dennoch sehr gut den Einfluss der Wahlbeteiligung des Lebenspartners und der Parteibindung sowie den Unterschied zwischen beiden.

Die höchste Wahrscheinlichkeit, nicht an der Wahl teilzunehmen, besitzen Personen ohne Parteibindung, deren Partner ebenfalls nicht gewählt hat. Am unwahrscheinlichsten ist es, dass Personen mit Parteibindung und einem wählenden Partner der Wahl fernbleiben. Der Unterschied, ob der Partner zur Wahl geht oder nicht, liegt für beide Gruppen (mit und ohne Parteibindung) bei etwa 30 Prozentpunkten. Personen, die keiner Partei zuneigen und einen nicht wählenden Partner haben, weisen – unter Berücksichtigung weiterer Faktoren – eine 80-prozentige Wahrscheinlichkeit auf, am Wahltag zu Hause zu bleiben. Geht der Partner hingegen wählen, verringert sich diese Wahrscheinlichkeit – bei sonst gleichen Einflussfaktoren – auf nur noch knapp 50 Prozent.

Die Parteibindung führt hingegen zu einem Unterschied von knapp 20 Prozentpunkten. Wenn der Partner nicht wählen geht, die Person aber einer Partei zuneigt, verringert sich die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit von 80 Prozent (Partner Nichtwähler, keine Parteibindung) auf gut 60 Prozent. Damit ist die Wahrscheinlichkeit, nicht wählen zu gehen, mit Parteibindung bei nicht wählendem Partner höher als ohne Parteibindung und mit wählendem Partner. Der demobilisierende Einfluss des nicht wählenden Partners ist also höher als der mobilisierende Einfluss der Parteineigung.

**Einfluss des Partners
auf die Wahlbe-
teiligung ist höher
als der Einfluss der
Parteibindung.**

Abbildung 7: Wahrscheinlichkeit, an der Wahl 2017 nicht teilzunehmen in Abhängigkeit vom Wahlverhalten des Partners und der Parteibindung



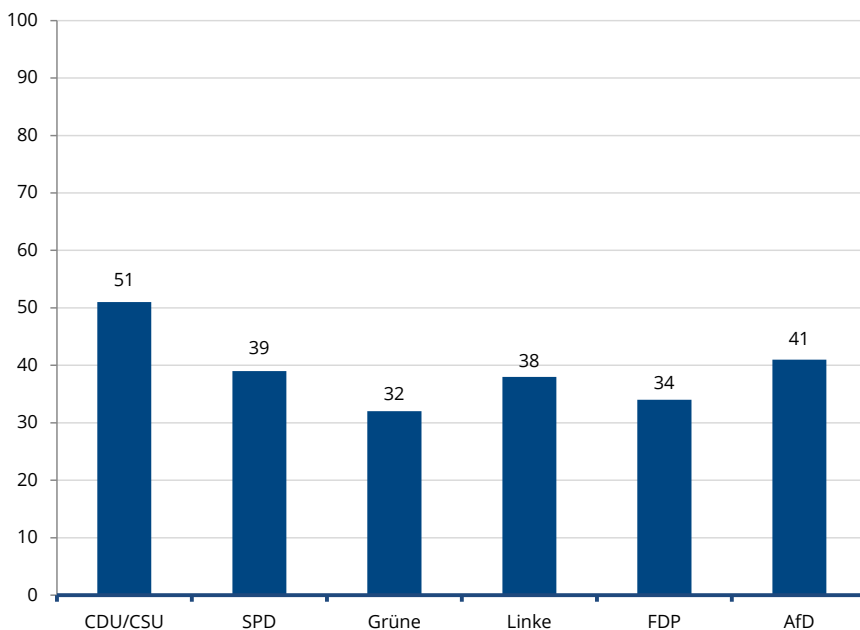
Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2017.

Erläuterungen: Dargestellt sind die Wahrscheinlichkeiten, nicht an der Wahl teilzunehmen, für westdeutsche Männer durchschnittlichen Alters, mit niedrigem oder mittlerem Bildungsabschluss in Abhängigkeit des Wahlverhaltens des Partners sowie der eigenen Parteibindung. Alle anderen erklärenden Variablen – z.B. politisches Interesse, Demokratiezufriedenheit, Akzeptanz der Wahlnorm, Wahlbeteiligung der Nachbarschaft – wurden auf null gesetzt. Die Werte geben daher die Nichtwahlwahrscheinlichkeiten für Personen an, die nicht politisch interessiert sind, mit der Demokratie unzufrieden sind, die Wahlnorm ablehnen und angeben, in ihrer Nachbarschaft sei die Wahlbeteiligung unterdurchschnittlich gewesen (neben anderen Variablen).

Nicht nur die Wahlbeteiligung, sondern auch das Wahlverhalten von Lebenspartnern ähnelt sich. Am größten ist die Übereinstimmung bei den Wählern der Union. Gut die Hälfte derjenigen, deren Partner für die Union gestimmt hat, haben ebenfalls CDU/CSU gewählt. Am geringsten ist der Einfluss des Wahlverhaltens des Partners auf die Wahl der Grünen. Lediglich knapp ein Drittel derjenigen, deren Partner die Grünen gewählt hat, haben ihre Stimme auch den Grünen gegeben. Ähnlich gering ist der Anteil bei der FDP mit 34 Prozent. Bei SPD, Linke und AfD haben um die 40 Prozent dieselbe Partei gewählt wie ihr Partner.

Die Union wird auch von Personen mit anders wählenden Partnern relativ häufig gewählt. Von denen mit SPD-wählendem Partner wählten 12 Prozent Union, 18 Prozent von denen mit FDP-Partner, zwischen 13 und 15 Prozent von denen mit Grünen-, Linke- oder AfD-wählendem Partner. Dennoch gibt es insgesamt eine recht hohe Übereinstimmung im Wahlverhalten von Lebenspartnern.

Abbildung 8: Übereinstimmung des eigenen Wahlverhaltens mit dem des Partners nach Parteien



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2017; Angaben in Prozent.

Lesehilfe: 51 Prozent derjenigen, deren Partner CDU/CSU gewählt hat, haben ebenfalls für CDU/CSU gestimmt.

Neben dem Partner kann man auch mit anderen Personen über Politik sprechen. Die überwiegende Mehrheit tut das auch. Lediglich 4 Prozent der Befragten geben an, mit niemandem (jenseits des Partners) politische Themen zu besprechen. Dieser Anteil ist umso höher, je geringer das politische Interesse ausfällt. Von den politisch stark Interessierten sprechen lediglich 2 Prozent mit niemandem über Politik, während das 28 Prozent derjenigen, die gar nicht politisch interessiert sind, von sich sagen.

Eine relative Mehrheit von 39 Prozent spricht (neben dem Partner, falls vorhanden) am häufigsten mit einem Verwandten über Politik, 31 Prozent mit einem Freund. Lediglich 13 Prozent nennen als häufigsten politischen Gesprächspartner einen Arbeitskollegen und 7 Prozent einen Nachbarn. Je enger die Beziehung ist, desto wahrscheinlicher kommt es zu Gesprächen über Politik.

Stamm- und Wechselwähler

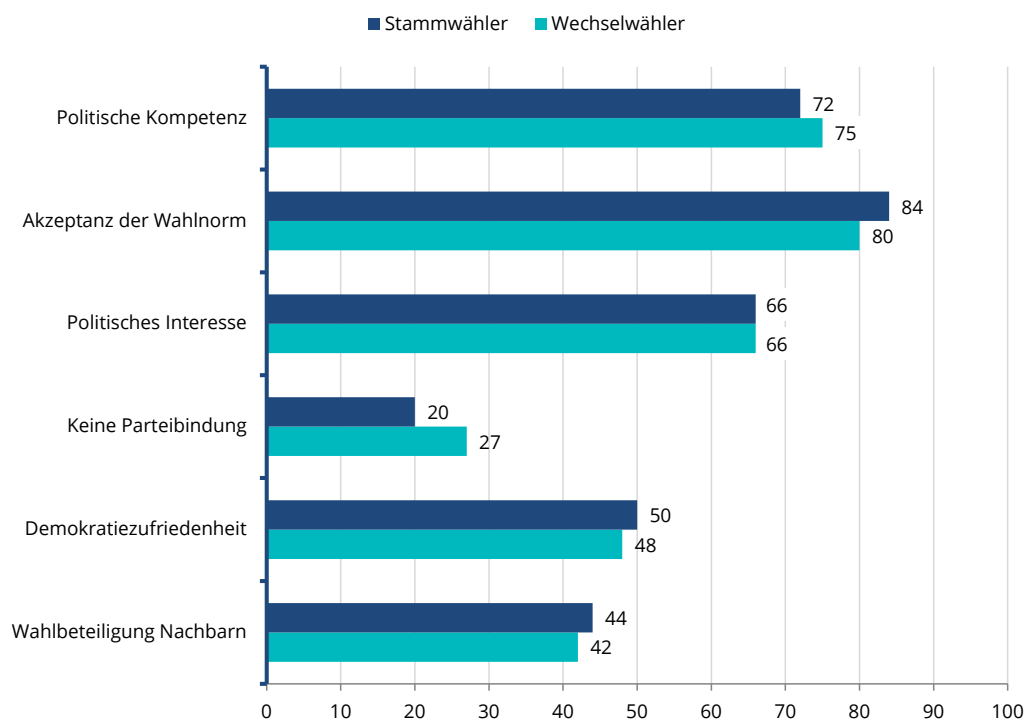
Stammwähler werden von den Parteien gerne als „sichere Bank“ angesehen. Doch das ist nicht gerechtfertigt, da auch ein beträchtlicher Teil derjenigen, die sich selbst als Stammwähler bezeichnen, vor der Bundestagswahl 2017 zwischen zwei oder mehr Parteien geschwankt hat (vgl. Pokorny 2018: 5). Zusätzlich steigt der Anteil an Wechselwählern (vgl. Merz/Hofrichter 2013: 97), wodurch Parteien bei jeder Wahl aufs Neue um ihre Wähler kämpfen müssen. Im Herbst 2017 bezeichnet sich die Hälfte derjenigen, die mehr oder weniger regelmäßig an Wahlen teilnehmen, als Stammwähler, 44 Prozent als Wechselwähler (5 Prozent verweigern die Antwort). Auf alle wahlberechtigten Befragten bezogen sagen 31 Prozent, sie seien Stamm-, 27 Prozent sie seien Wechselwähler. Unter den Stammwählern finden sich etwas mehr CDU/CSU-Wähler (30 Prozent) als unter den Wechselwählern (24 Prozent). Auch die SPD wird von Stammwählern (16 Prozent) geringfügig häufiger

gewählt als von Wechselwählern (12 Prozent). Umgekehrt verhält es sich bei der AfD. Sie findet etwas mehr Zuspruch unter Wechselwählern (12 Prozent) als unter Stammwählern (9 Prozent). Allerdings ist der Unterschied bei allen drei Parteien recht gering. Bei den anderen Parteien gibt es keine Unterschiede zwischen Stamm- und Wechselwählern.

Die politischen Einstellungen von Stamm- und Wechselwählern unterscheiden sich nur wenig voneinander. Sie schätzen ihre eigene politische Kompetenz ähnlich ein, akzeptieren ähnlich stark die Wahlnorm, sind gleich stark an Politik interessiert, sind ähnlich zufrieden mit der Demokratie und vermuten eine ähnlich hohe Wahlbeteiligung unter ihren Nachbarn. Lediglich bei der Parteibindung gibt es leichte Unterschiede. Nur ein Fünftel der Stammwähler gibt an, über keine Parteineigung zu verfügen, während das ein gutes Viertel der Wechselwähler sagt. Dennoch ist es überraschend, dass so viele Stammwähler keine Parteibindung haben und sich gleichzeitig so viele Wechselwähler an eine Partei gebunden fühlen. Wenn ein Wähler regelmäßig dieselbe Partei wählt, läge es nahe, dass er zu dieser Partei auch eine langfristige Bindung hat. Ein Wähler, der zwischen verschiedenen Parteien wechselt, scheint auf den ersten Blick dagegen ungebunden zu sein. Offenbar ist es aber für manche Wahlberechtigte kein Widerspruch, sich selbst als Stammwähler zu bezeichnen und dennoch keiner Partei zuzuneigen oder sich als Wechselwähler mit einer Partei zu identifizieren. Wenn sie eine Parteibindung besitzen, neigen Stammwähler häufiger der Union zu (31 Prozent) als Wechselwähler (25 Prozent). Das könnte die stärkere Wahlpräferenz der Stammwähler für die Unionsparteien erklären.

Kaum Unterschiede
in den politischen
Einstellungen von
Stamm- und Wechsel-
wählern.

Abbildung 9: Politische Einstellungen von Stamm- und Wechselwählern



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2017; Angaben in Prozent.

Lesehilfe: 72 Prozent der Stammwähler fühlen sich kompetent, wichtige bundespolitische Fragen einzuschätzen.

Zusätzlich scheinen Wechselwähler leicht emotionaler zu entscheiden als Stammwähler. 50 Prozent der Stamm- und 59 Prozent der Wechselwähler stimmen der Aussage zu, bei der Wahlentscheidung auf ihr Gefühl zu vertrauen. Gleichzeitig geben mehr Wechsel- als Stammwähler an, ihnen sei die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2017 schwerer

gefallen als früher. Stammwählern fiel es also leichter, sich zu entscheiden. Allerdings nehmen Wechselwähler stärker wahr, dass Politik einen Einfluss auf ihr Leben ausübt. 41 Prozent der Wechselwähler meinen, durch Politik könne sich ihre persönliche Situation verändern (Stammwähler: 35 Prozent). Bei allen anderen Aussagen zu Politik und Politikern unterscheiden sich Stammwähler nicht von Wechselwählern, weshalb diese nicht tabellarisch ausgewiesen sind³.

Tabelle 2: Einstellungen zu Politik von Stamm- und Wechselwählern

| | Stammwähler | Wechselwähler |
|--|-------------|---------------|
| Ich vertraue bei der Wahlentscheidung auf mein Gefühl. | 50 | 59 |
| Bei dieser Bundestagswahl ist mir die Wahlentscheidung schwerer gefallen als früher. | 33 | 43 |
| Durch Politik kann sich meine persönliche Situation verändern. | 35 | 41 |

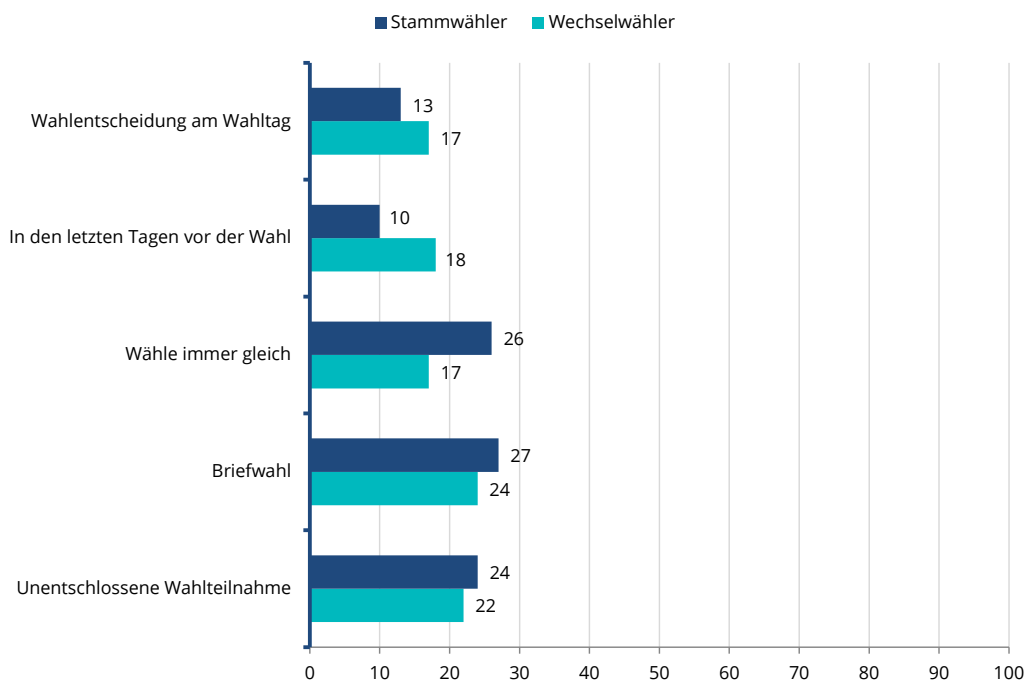
Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2017; Angaben in Prozent; Antwortkategorien: trifft voll und ganz/eher zu.

Wenig überraschend treffen Wechselwähler ihre Wahlentscheidung etwas kurzfristiger als Stammwähler. Erstere entscheiden leicht häufiger erst am Wahltag oder in den letzten Tagen vor der Wahl, welcher Partei sie ihre Stimme geben wollen. Umgekehrt geben sie seltener an, immer gleich zu wählen. Allerdings ist der Anteil derjenigen, die immer gleich wählen, auch unter den Stammwählern relativ gering. Lediglich ein Viertel derjenigen, die sich selbst als Stammwähler bezeichnen, musste nach eigener Aussage keine Wahlentscheidung treffen, weil er oder sie immer gleich wähle. Das ist ein weiteres Indiz dafür, dass Stammwähler keineswegs „sichere Wähler“ sind, sondern ebenfalls mobilisiert und überzeugt werden müssen.

Wechselwähler entscheiden später.

Bei der Briefwahl unterscheiden sich Stamm- und Wechselwähler kaum voneinander. In beiden Gruppen hat sich etwa ein Viertel dafür entschieden, per Brief zu wählen. Zusätzlich waren beide Gruppen ähnlich unentschlossen, ob sie überhaupt an der Wahl teilnehmen wollen. 22 bzw. 24 Prozent waren nicht von Anfang an sicher, zur Wahl zu gehen. Also gilt es nicht nur, Stamm- genauso wie Wechselwähler von der Wahl einer Partei zu überzeugen, sondern sie überhaupt zur Wahlteilnahme zu motivieren.

Abbildung 10: Zeitpunkt und Art der Wahl(entscheidung) von Stamm- und Wechselwählern



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2017; Angaben in Prozent.

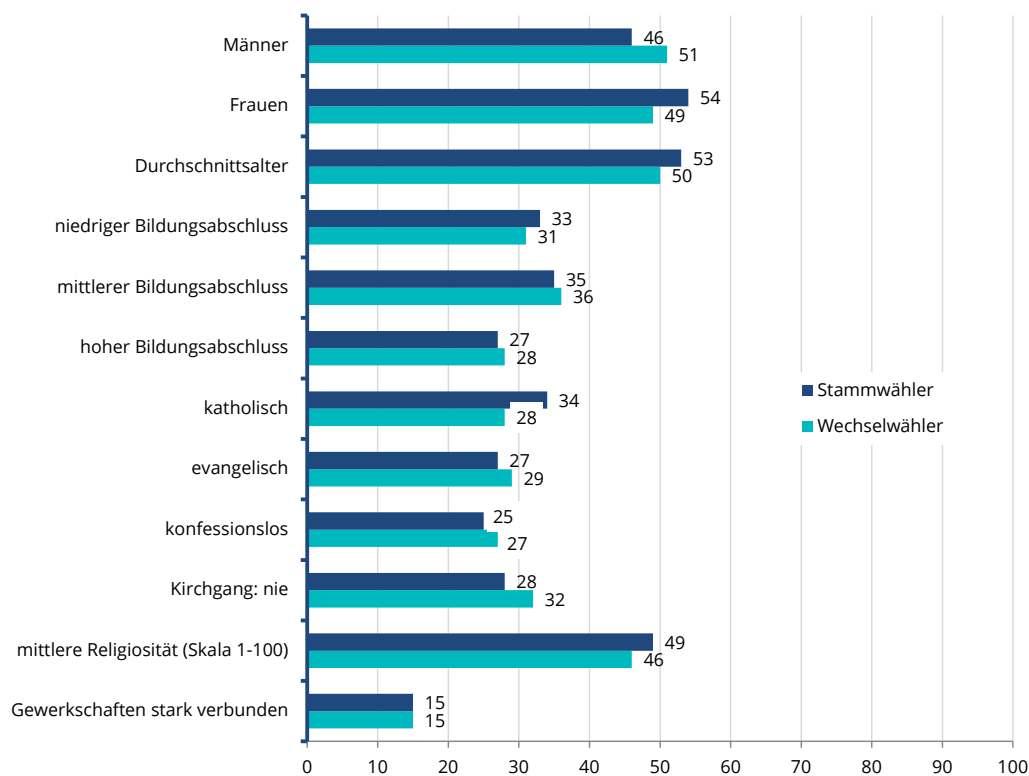
Lesehilfe: 13 Prozent der Stammwähler haben ihre Wahlentscheidung am Wahltag getroffen.

Darüber hinaus sprechen Stamm- wie Wechselwähler ähnlich häufig mit dem Lebenspartner oder auch mit einer anderen Person über Politik und sind dabei ähnlich oft unterschiedlicher Meinung (nicht grafisch dargestellt). Offenbar bewegen sich beide Wählergruppen in einem ähnlichen Gesprächsumfeld.

Auch bezüglich der soziodemografischen Merkmale gibt es nur geringe Unterschiede zwischen Stamm- und Wechselwählern. Unter Wechselwählern finden sich mehr Männer als unter Stammwählern, analog ist der Anteil der Frauen unter Wechselwählern kleiner als unter Stammwählern. Beide Gruppen haben ein ähnliches formales Bildungsniveau, sind den Gewerkschaften ähnlich stark verbunden, weisen ähnlich hohe Anteile an Protestanten und Konfessionslosen auf und gehen ähnlich selten in die Kirche. Allerdings ist der Katholikenanteil unter Stammwählern höher als unter Wechselwählern, und sie schätzen sich auf einer Skala von 1 bis 100 etwas religiöser ein. Dieser Befund passt dazu, dass Stammwähler eine höhere Wahlneigung zu den beiden Unionsparteien aufweisen und auch etwas häufiger eine Parteibindung zu CDU und CSU angeben.

Kaum soziodemografische Unterschiede zwischen Stamm- und Wechselwählern

Abbildung 11: Soziodemografische Merkmale von Stamm- und Wechselwählern



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2017; Angaben in Prozent außer beim Alter und der mittleren Religiosität, bei denen der Durchschnittswert eingetragen ist.

Lesehilfe: 46 Prozent der Stammwähler sind Männer.

Schlussbemerkung

Der Anteil an Nichtwählern ist seit 1983 deutlich gestiegen. Der bisherige Höchststand war 2009 mit 29,2 Prozent Nichtwählern erreicht. Seitdem ist der Anteil wieder leicht gesunken auf 23,8 Prozent bei der Bundestagswahl 2017. Gerne wird von „den“ Nichtwählern gesprochen oder gar einer „Partei der Nichtwähler“. Wenn man nicht nur das Verhalten bei der letzten Bundestagswahl, sondern die generelle Neigung, sich an Wahlen zu beteiligen, betrachtet, fällt auf, dass auch Menschen der Wahl fernbleiben, die sich grundsätzlich als Wähler bezeichnen, während prinzipielle Nichtwähler auch schon mal an Wahlen teilnehmen. Zudem hat auch ein Viertel der Wähler darüber nachgedacht, am Wahltag zu Hause zu bleiben, und ein Viertel der Nichtwähler hat sich erst kurz vor der Wahl oder sogar am Wahltag entschieden, nicht zu wählen. Aus einem Wähler kann also noch kurz vor der Wahl ein Nichtwähler werden und umgekehrt. Menschen nehmen an manchen Wahlen teil und bei anderen entscheiden sie sich dagegen. Das legt den Schluss nahe, dass es „die“ Nichtwähler und „die“ Wähler nicht gibt, sondern beide Gruppen einander überlagern und manche Menschen nicht dauerhaft zu einer der beiden gehören, sondern zwischen ihnen wechseln.

Personen, die (so gut wie) nie an Wahlen teilnehmen, unterscheiden sich erstaunlich wenig von Menschen, die sich selbst als Wähler einstufen. Prinzipielle Nichtwähler schätzen ihre eigene politische Kompetenz etwas geringer ein, besitzen eine leicht geringere Akzeptanz der Wahlnorm und ein geringeres politisches Interesse als prinzipielle Wähler. Die Unterschiede

sind jedoch deutlich weniger ausgeprägt als zwischen konkreten Wählern und Nichtwählern der Bundestagswahl 2013 (vgl. Lamers/Roßteutscher 2014). Zudem unterscheiden sich beide Gruppen nicht oder kaum im Ausmaß der Parteibindung, der Demokratiezufriedenheit, der vermuteten Wahlbeteiligung der Nachbarn sowie der sozialstrukturellen Merkmale. Ob die geringen Unterschiede dauerhaft vorhanden oder der besonderen politischen Situation zum Zeitpunkt der Erhebung geschuldet sind, muss an dieser Stelle leider offen bleiben.

Der Lebenspartner übt einen großen Einfluss auf die (konkrete) Wahlteilnahme aus. Geht ein Partner nicht zur Wahl, bleibt der andere Partner mit hoher Wahrscheinlichkeit ebenfalls der Wahl fern. Es kann jedoch nicht geklärt werden, ob eine nicht wählende Person ihren Partner überzeugt, auch nicht zur Wahl zu gehen, oder ob sich nicht wählende Personen eher Partner suchen, die ebenfalls zur Wahlenthaltung neigen. In jedem Fall bilden sich dadurch Netzwerke, die sich gegenseitig in der Wahlenthaltung bestärken. Die politische Diskussion mit Verwandten oder Freunden, die nicht an der Wahl teilnehmen, hat ähnliche Effekte. Nichtwahl ist gewissermaßen ansteckend, wenn man sich offen dazu bekennt, da es die Nichtwahl anderen gegenüber legitimiert. Politische Diskussionen sind also nicht per se förderlich für die Wahlteilnahme, sondern nur, wenn mit Personen gesprochen wird, die ihre Stimme abgeben.

Stammwähler werden gerne als sichere Stimmen einer Partei wahrgenommen. Tatsächlich sind aber auch Stammwähler bisweilen unentschlossen, welche Partei sie wählen wollen. Zudem war ein Viertel der Stammwähler unsicher, ob sie überhaupt an der Wahl teilnehmen wollen. Auch sie müssen mobilisiert werden, zum einen zur Wahlteilnahme und zum anderen zur Wahl der entsprechenden Partei. Es ist mitnichten eine Selbstverständlichkeit, dass ein Stammwähler jedes Mal „seine“ Partei wählt. Zugleich unterscheiden sich Stamm- nur wenig von Wechselwählern, außer eben in der Selbstwahrnehmung als solche.

Egal ob es um Wähler, Nichtwähler, Stamm- oder Wechselwähler geht, für alle Gruppen gilt gleichermaßen: Sie müssen und können bei jeder Wahl erneut angesprochen werden.

1 Im Folgenden wird stets die männliche Form verwendet. Wählerinnen, Nichtwählerinnen und Partnerinnen sind ausdrücklich auch gemeint.

2 German Longitudinal Election Study

3 Für die Zustimmung der Parteianhänger zu allen Aussagen siehe Pokorny (2018).

Literatur

- F** Forschungsgruppe Wahlen, 2017, Politbarometer 2016 (Kumulierter Datensatz). GESIS Datenarchiv, Köln. ZA6888 Datenfile Version 1.0.0, doi: 10.4232/1.12824.
- L** Lamers, Patrick und Sigrid Roßteutscher, 2014, Die Wahlbeteiligung, in: Rüdiger Schmitt-Beck et al. (Hrsg.), Zwischen Fragmentierung und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013, Baden-Baden: S. 119-131.
- M** Merz, Stefan und Jürgen Hofrichter, 2013, Wähler auf der Flucht: die Wählerwanderung zur Bundestagswahl 2009, in: Bernhard Weßels, Harald Schoen, Oscar W. Gabriel (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009, Wiesbaden: S. 97-117.
- N** Neu, Viola, 2012, „Dann bleib ich mal weg“. Der Mythos der „Partei“ der Nichtwähler, Sankt Augustin/Berlin.
- P** Partheymüller, Julia und Rüdiger Schmitt-Beck, 2013, Eine „soziale Logik“ der Demobilisierung: Einflüsse politischer Gesprächspartner auf Wahlbeteiligung und -enthaltung bei der Bundestagswahl 2009, in: Bernhard Weßels, Harald Schoen, Oscar W. Gabriel (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009, Wiesbaden: S. 496-513.
- Pokorny, Sabine, 2018, Die schwankenden Wähler. Eine repräsentative Untersuchung zu Briefwählern, Parteipotenzialen und Einstellungen zu Politik, Politikern und Parteien in Deutschland nach der Bundestagswahl 2017, Analysen und Argumente Nr. 307, Sankt Augustin/Berlin.
- S** Schäfer, Anne und Rüdiger Schmitt-Beck, 2017, A Vicious Circle of Demobilization? Context Effects on Turnout at the 2009 and 2013 German Federal Elections, in: Harald Schoen et al. (Hrsg.), Voters and Voting in Context. Multiple Contexts and the Heterogeneous German Electorate, Oxford: S. 109-128.
- Schäfer, Armin, Hanna Schwander und Philip Manow, 2016, Die sozial „auffälligen“ Nichtwähler: Determinanten der Wahlenthaltung bei der Bundestagswahl 2013, in: Harald Schoen, Bernhard Weßels (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analyse aus Anlass der Bundestagswahl 2013, Wiesbaden: S. 21-44.
- Schmitt-Beck, Rüdiger, 2016, Struggling up the hill: Short-term effects of parties' contacting, political news and everyday talks on turnout, in: Party Politics 22(2), S. 227-240.
- Schmitt-Beck, Rüdiger und Julia Partheymüller, 2014, A Two-Stage Theory of Discussant Influence on Vote Choice in Multiparty Systems, in: British Journal of Political Science 46, S. 321-348.
- Schmitt-Beck, Rüdiger und Christian Mackenrodt, 2010, Social networks and mass media as mobilizers and demobilizers: A study of turnout at a German local election, in: Electoral Studies 29, S. 392-404.
- Schmitt-Beck, Rüdiger, Christian Mackenrodt und Thorsten Faas, 2008, Hintergründe kommunaler Wahlbeteiligung. Eine Fallstudie zur Kommunalwahl 2004 in Duisburg, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 3/2008, S. 561-580.

Impressum

Die Autorin

Dr. Sabine Pokorny wurde 1981 in Wesel geboren. Sie studierte Soziologie, Englische und Italienische Philologie an der Universität zu Köln. 2007 bis 2011 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Freien Universität Berlin. Seit September 2011 Koordinatorin Empirische Sozialforschung in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Thomas Köhler

Leiter der Hauptabteilung
Politik und Beratung
T: +49 30 / 26 996-3550
thomas.koehler@kas.de

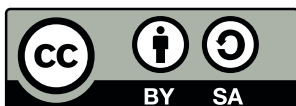
Dr. Sabine Pokorny

Koordinatorin Empirische Sozialforschung
Hauptabteilung Politik und Beratung
T: +49 30 / 26 996-3544
sabine.pokorny@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2018, Sankt Augustin/Berlin
Gestaltung: yellow too Pasiek Horntrich GbR
Satz: Janine Höhle, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin

ISBN 978-3-95721-484-3



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Bildvermerk Titelseite
© Jürgen Fälchle, fotolia